

Bundesregierung und EU treiben Energiekosten in die Höhe

geschrieben von Admin | 16. Oktober 2023

Trotz teurer und knapper Energie und Abwanderung der Industrie wird die preistreibende und Energie vernichtende Energiewende im Namen der Weltklimaretterung weiter getrieben.

Prof. Dr. Ing. Hans-Günter Appel

Inzwischen sollte es jedem klar geworden sein, der kritisch die Energiewende hinterfragt, sie wird mit jedem Schritt teurer. Ohne zunehmende Subventionen geht es nicht. Doch woher soll das Geld kommen, wenn durch die hohen Energiekosten die Wirtschaft nicht mehr wettbewerbsfähig ist und die Einkommen sinken? BP und Total haben daher ihre Pläne, mehr als 1.000 Windkraftanlagen in der Ost- und Nordsee zu bauen, auf Eis gelegt. Gleiches geschieht in England und an der Ostküste der USA. Die Investoren befürchten offensichtlich hohe Verluste, wenn die staatlichen Subventionen nicht mehr gezahlt werden können.

Energiewende-Gesetze verstoßen gegen die Physik

Doch die EU und die Bundesregierung treiben die Energiewende weiter. Gesetze dazu werden von den rot-grünen Abgeordneten mit Hilfe der FDP gebilligt, selbst wenn sie gegen elementare physikalische Gesetze verstoßen. Das heißt, sie sind nicht durchsetzbar, auch wenn dafür beliebig viele Subventionen winken. Die Energieversorgung mit Wasserstoff ist dafür ein herausragendes Beispiel.

Das Heizungsgesetz spart weder Energie noch Geld

Auch das Gebäude-Energien-Gesetz (GEG), besser bekannt als Heizungsgesetz, gehört dazu. Hauseigentümer sollen die Heizungen auf Wärmepumpen umstellen und die Außenwände stärker isolieren. Für die vom Gesetz geforderten Umbauten wird weitgehend fossile Energie, vorwiegend Erdöl zum Antrieb von Maschinen und Kohle für die Metallherstellung, gebraucht. Nach frühesten 10 Jahren kann eine Energieersparnis erwartet werden. Bis dahin wird mehr Energie durch das Heizungsgesetz verbraucht. Bei den Kosten sieht es noch schlimmer aus. Die Umbaukosten von über 50.000 Euro pro Wohnung sind erst nach 50 Jahren durch die Heizkostenersparnis bezahlt. Rechnet man Zinsen dazu, ist eine Abzahlung nicht möglich. Das heißt, wirtschaftlich wird der Wohnungseigentümer enteignet. Das Heizungsgesetz soll nach massiven Protesten in Teilen erst später in Kraft treten. Doch von einer Änderung oder gar Aufhebung ist keine Rede.

Erhöhte Autobahn-Maut verteuert Lebensmittel

Die Verdopplung der Autobahn-Maut und Ausdehnung auf Lastwagen ab 3,5 Tonnen bei gleichzeitiger Erhöhung der CO₂-Steuer auf Treibstoffe um 10 auf 40 Euro/Tonne CO₂ im nächsten Jahr führt zu einer empfindlichen Verteuerung der Transportkosten. Die Preise für Lebensmittel dürften um 10 % steigen. Die weitere Verteuerung wird viele Unternehmen zum Aufgeben zwingen. In Frankreich würden solche Verordnungen zum Blockieren aller Fernstraßen mit LKW führen. Werden wir das auch Deutschland erleben?

CO₂-Bepreisung und Energiewende verdoppeln Stromkosten

Ganz schlimme Wirkung hat die CO₂-Bepreisung. Nach den Vorstellungen der grünen Gutmenschen soll dadurch fossile Energie unbezahlbar werden. Die Energieversorgung für unser Industrieland würde dann auf dem vom Wetter abhängigen Wind- und Solarstrom basieren. Wie dieser schwankende Strom, der weder planbar noch regelbar ist (Fakepower), ein stabiles Stromnetz aufbauen soll, ist das Geheimnis der Gesetzgeber. Die Stabilisierung des Netzes mit grünem Wasserstoff ist eine Utopie. Die Kosten und die Energieverluste zur Erzeugung, Speicherung und Wiederverstromung von grünem Wasserstoff sind nicht tragbar.

Die CO₂-Bepreisung treibt die Energiekosten kräftig in die Höhe. Emissionskosten von 10 Euro/Tonne CO₂ erhöhen die Gestehungskosten (Kosten ohne Gewinn) von Kraftwerkstrom um einen Cent/Kilowattstunde (ct/kWh). Das sind etwa 20 %. Treibstoffe werden rund 4 ct/Liter teurer (2,5 %). Bei Erdgas sind es 0,3 ct/kWh (3,5 %). Die Basis für die Prozentangaben von Treibstoff und Erdgas sind die Endpreise, die der Verbraucher bezahlt. Die grüne Bundesregierung plant steigende CO₂-Abgaben bis zu 300 Euro/Tonne. Jeder mag selbst ausrechnen, welche Preise er dann zahlen muss. Hinzu kommt immer noch die Mehrwertsteuer.

„Experten“ glauben, mit einer Abscheidung von CO₂ und Verpressung in tiefen Erdschichten könne Strom aus fossil gefeuerten Kraftwerken wieder billiger werden, denn dann würden keine CO₂-Emissionskosten anfallen. Doch das entpuppt sich bei näherer Betrachtung als Unsinn. Der Energieaufwand für die Abscheidung aus dem Rauchgas, die Verflüssigung, der Transport und die Verpressung verbrauchen rund 50 % der Kraftwerksleistung. Diese Idee fordert die doppelte Kraftwerkskapazität und den doppelten Brennstoffeinsatz. Energie wird im großen Stil vergeudet.

Der zuständige Wirtschaftsminister Habeck will an der steigenden CO₂-Bepreisung festhalten. Die Einnahmen im zweistelligen Milliardenbereich sollen in den Klima- und Energiefonds fließen, der seinem Ministerium

zugeordnet ist. Aus diesem Fonds werden die Subventionen für Fakepower und viele Programme zur Durchsetzung der Energiewende bezahlt. Insgesamt stehen über 50 Milliarden jährlich zur Verfügung.

Steigende Stromverluste durch die Energiewende

Die immer teurer werdende Energiewende wird weiter getrieben mit immer mehr Energieverlusten. Von Energieeffizienz kann keine Rede sein. Mit dem Bau weiterer Fakepower-Anlagen gibt es bei Starkwind und Sonnenschein immer häufiger Strom über den Bedarf hinaus. Um das Netz nicht zu überlasten, muss der überschüssige Strom kostenpflichtig entsorgt werden (negative Börsenpreise). In diesem Jahr war das nach einer Aufstellung von Rolf Schuster, Vernunftkraft, bereits an mehr als 190 Stunden der Fall. Die Entsorgungskosten liegen deutlich über 100 Millionen Euro. Auch der nicht brauchbare Überschussstrom trägt zur Steigerung der Stromkosten bei.

Politische Entscheidungen verdoppeln Stromkosten

Der größte Teil unserer Energiekosten sind staatliche Abgaben, und Energieverluste. Neben direkten Steuern sind es vor allem die Subventionen zur Stützung und zum Vorantreiben der Energiewende. Die Energiewende ist der Hauptkostentreiber. Ohne sie würden die Kosten mehr als halbiert, Deutschland wäre wieder weltweit wettbewerbsfähig. Doch noch immer meint die Mehrheit der Deutschen nach Medienberichten, die Energiewende sei zur Weltklimaretter notwendig. Die Profiteure der Energiewende haben gut gearbeitet. Mit Indoktrination und Schüren der Angst vor einem Weltuntergang wird kritisches Denken verhindert. So kann weiter abkassiert werden.

Prof. Dr. Appel ist Pressesprecher NAEB e.V. Stromverbraucherschutz